

(A) dass wir es nicht ernst meinen mit dem Ausstieg. Dabei spricht nicht nur das von uns auf den Weg gebrachte 6. Energieforschungsprogramm eine deutliche Sprache, sondern auch unsere anderen energiepolitischen Maßnahmen: So beschließen wir fast im Monatstakt neue Gesetze und Programme für mehr Energieeffizienz, effizienteren Offshorewindenergieausbau, schnelleren Netzausbau oder auch eine starke Energieforschung zum Gelingen der Energiewende. Dies alles zeigt: Wir meinen es ernst mit dem Ausstieg. Und im Gegensatz zu Ihnen packen wir auch den Einstieg ins Zeitalter der Energieeffizienz und der Erneuerbaren engagiert an und haben dabei immer Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit im Blick.

Die Energieforschung ist ein zentraler Baustein unserer Technologiestrategie und damit ein Garant für Wachstum und Wohlstand. Und eines muss allen klar sein: Die Energiewende kann nur mit neuen Ideen und Innovation gelingen. Dazu braucht es eine starke Forschung. Nur wenn wir weltweit führend bei der Energieforschung sind, werden wir mit dem Umstieg Erfolg haben.

Deshalb haben wir im Sommer 2011 das 6. Energieforschungsprogramm verabschiedet und die Mittel für die Energieforschung auf 3,5 Milliarden Euro aufgestockt. Die Schwerpunkte liegen auf den Schlüsselthemen der Energiewende: erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Speicher und Netze und keineswegs auf der Kernenergie, wie es die Grünen versuchen glaubhaft zu machen.

(B) Nach gut anderthalb Jahren zeigt die Resonanz deutlich, dass unser Energieforschungsprogramm ein Erfolgsprogramm ist. So wurden in den Bereichen der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz allein innerhalb des ersten Jahres mehr als 900 neue Forschungsprojekte mit einem Gesamtfördervolumen von rund 550 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Hinzu kamen rund 215 Millionen Euro, die die Wirtschaft als Eigenmittel beigesteuert hat.

Und auch die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts funktioniert, entgegen dem Antrag der SPD, sehr gut. So wurden mit dem 6. Energieforschungsprogramm erstmals ressortübergreifende Projekte vereinbart. Bundesumweltministerium, Bundeswirtschaftsministerium sowie das Bundesbildungsministerium haben erfolgreich Projekte, wie die Förderinitiativen „Speicher“ oder „Zukunftsfähige Stromnetze“, auf den Weg gebracht.

Ein entscheidender Baustein zum Gelingen der Energiewende wird sein, ob es uns gelingt, Speichertechnologien zur besseren Integration der erneuerbaren Energien zu entwickeln und in den Energiemarkt zu integrieren. Dafür müssen sowohl bestehende Speichertechnologien gefördert als auch deren Entwicklung durch Forschung in Deutschland beschleunigt werden.

Deshalb haben wir sowohl eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung betriebsbereiter Energiespeichertechnologien, wie die Befreiung von Netzentgelten und der EEG-Umlage für neue Speichertechnologien, als

auch die Förderinitiative „Speicher“ auf den Weg gebracht (C)

200 Millionen Euro werden von Bundesumweltministerium, Bundeswirtschaftsministerium und Bundesbildungsministerium für diese Initiative in der Summe zur Verfügung gestellt, um die Entwicklung neuer Speichertechnologien und Speicherkonzepte sowie die Verbesserung bestehender Techniken zu fördern. Mit einer fünffachen Überzeichnung ist dieses Programm ein voller Erfolg und zeigt, dass wir die richtigen Prioritäten gesetzt haben.

Zur besseren Integration der erneuerbaren Energien sind nicht nur Speicher, sondern auch leistungsfähige Stromnetze entscheidend. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze muss deshalb im Gleichklang erfolgen. Hinzu kommen neue Anforderungen wie zeitliche und geografische Schwankungen bei der Einspeisung aus erneuerbaren Energien oder ein immer größerer Abstand zwischen den Orten der Stromerzeugung und den Verbrauchsschwerpunkten. Dies erfordert neue Netztechnologien und Konzepte.

Aus diesem Grund haben wir am 11. Januar 2013 die Förderinitiative „Zukunftsfähige Stromnetze“ auf den Weg gebracht, die beispielsweise neue Konzepte zur Netzplanung, intelligente Stromnetze sowie innovatives Lastmanagement fördert. Mit rund 150 Millionen Euro soll der Einstieg in das zukünftige Netz gefördert werden.

Die Förderinitiativen „Speicher“ und „Netze“ sind nur ein Teil des umfassenden Energieforschungsprogramms. Aber sie zeigen deutlich: Zukunftstechnologien sind für uns ein wesentlicher Bestandteil der Energiewende. Gerade der Run auf diese Projekte macht deutlich, dass es Rot-Grün versäumt hat, in diese Technologien zu investieren und Forschung dort anzureizen. Wir machen es richtig. Denn für uns gehört zum Gelingen der Energiewende nicht nur der Ausstieg, sondern auch der Einstieg, und der beginnt mit einer starken Energieforschung. (D)

**Dr. Philipp Murmann (CDU/CSU):** Erstens. Wir haben viele wichtige Projekte für unser Land in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht: die Stabilisierung Europas, die Konsolidierung unseres Haushaltes, die Ausrichtung unseres Landes auf Bildung und Forschung als eine der wichtigsten Prioritäten und die Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit und unseres Wirtschaftsstandortes. Aber neben all diesen wichtigen Projekten ist eine der größten Herausforderungen in diesem Jahrhundert die Sicherstellung einer sicheren, bezahlbaren und umweltverträglichen Energieversorgung. Und dies gilt nicht nur für Deutschland, nein, dies gilt ebenso für Europa und sogar weltweit.

Unsere Energiewende – und das auch im Gegensatz zu den bisherigen Träumereien einer Energiewende unter Rot-Grün – bedeutet einen unumkehrbaren und einen nachhaltigen Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien. Denn nicht nur ökologische und soziale Kriterien bedeuten Nachhaltigkeit. Nein, ein ebenso gewichti-

(A) ges Kriterium ist die Wirtschaftlichkeit der Energiewende. Eine Energiewende, die nicht wirtschaftlich ist, wird auch nicht nachhaltig sein. Denn wir müssen den Wirtschaftsstandort Deutschland nicht nur erhalten, nein, mit und durch die Energiewende müssen wir Deutschland noch wettbewerbsfähiger und innovativer machen und zwar nicht durch Subventionen – denn das wird ebenfalls nicht nachhaltig sein –, sondern durch Investitionen, durch marktwirtschaftliche Anreize und vor allem durch Innovationen und durch Forschung und Entwicklung.

Zweitens. Unser langfristiges Ziel liegt im Jahr 2050. Innerhalb von nur vier Jahrzehnten bauen wir unsere Energieversorgung komplett um. Dazu gehören nicht nur erneuerbare Energien. Wir brauchen auch neue und verbesserte Stromnetze. Wir brauchen mehr Energieeffizienz, und wir brauchen auch Energiespeicher. Ja, auch manche schnelle und kurzfristige Lösung ist wichtig. Aber die Energiewende insgesamt ist eine Generationenaufgabe. Und hier brauchen wir langfristige Lösungsstrategien. Gerade deswegen setzen wir auf Grundlagenforschung. Grundlagenforschung – und das wissen auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition – ist eben kein 100-Meter-Lauf, sondern Grundlagenforschung ist ein Marathon.

Drittens. Wichtig ist: Bei der Energieforschung brauchen wir einen ganzheitlichen Ansatz. Wir fördern Forschung in den Bereichen erneuerbare Energien. Wir fördern Forschung für Energieeffizienz, Forschung für intelligente Netze und Speicher. Aber zu einem ganzheitlichen Ansatz gehören eben nicht nur technologische und naturwissenschaftliche Forschungsansätze, sondern ebenso sozialwissenschaftliche und volkswirtschaftliche Aspekte. Und um diese verschiedenen Bereiche zusammenzubinden, hat die Bundesregierung einen neuen Dialog angeregt, der inzwischen alle wissenschaftliche Bereiche erfasst hat und der jetzt in einem übergreifenden Projekt zusammengefasst wird, das unter Mitwirkung aller wissenschaftlichen Akademien erfolgt. Der Titel dieses Projektes lautet: „Energiesystem der Zukunft“. Was Sie, liebe Kollegen von der Opposition, noch in langen schriftlichen Ekstasen fordern, wird hier bereits begonnen und umgesetzt. Ihre Anträge sind veraltet und überholt. Die christlich-liberale Koalition ist Ihnen weit voraus. Wir reden nicht nur, wir handeln.

(B) Viertens. Lassen Sie mich auf einen weiteren Bereich kommen, der aus unserer Sicht ebenso zu einem ganzheitlichen Forschungsansatz gehört und der national, aber auch international von größter Bedeutung ist: die nukleare Sicherheitsforschung. Nach den Ereignissen in Fukushima haben wir die Restrisiken der Kernenergie neu bewertet. Auf Basis der Empfehlungen der Ethikkommission haben wir gemeinsam entschieden, zügiger als noch im September 2010 geplant aus der Kernenergie auszusteigen. Ende 2022 soll das letzte Kernkraftwerk vom Netz gehen. Aber die Sicherheit der Kernkraftwerke in Deutschland hat für uns weiterhin höchste Priorität. Bis zum Abschalten des letzten Kernkraftwerks in knapp zehn Jahren werden wir die Sicherheit der Kernreaktoren auf dem allerneuesten Stand von Wissenschaft und Technik halten. Diesen Schutzauftrag nimmt die

(C) Koalition ernst. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, wollen den Ausstieg aus dieser Sicherheitsforschung. Das ist unverantwortlich. Und das ist mit uns nicht zu machen.

Ich empfehle Ihnen stattdessen einen Blick zurück in die Vergangenheit. Unter der rot-grünen Bundesregierung hat eine Evaluierungskommission doch ganz klare Aussagen getroffen: „Die intensive Förderung der Reaktorsicherheitsforschung durch die Bundesregierung in den letzten Jahrzehnten hat entscheidend dazu beigetragen, dass deutsche Reaktoren zu den sichersten der Welt gehören.“ Ich sage es noch einmal: Die Sicherheit der Kernkraftwerke steht für uns an oberster Stelle. Da gibt es für uns keine Diskussionen. Deswegen stehen wir zur Sicherheitsforschung. Das ist kein Widerspruch zur Energiewende; das ist unsere staatspolitische Aufgabe gegenüber den Menschen in unserem Land. Ja, wir wollen den Atomausstieg. Ja, wir wollen auch andere Staaten von der Energiewende Made in Germany überzeugen. Aber ich möchte auch, dass andere Länder, die noch nicht aus der Atomkraft aussteigen können – ich möchte, dass deren Reaktoren zumindest sicher sind. Und deutsches Wissen aus der nuklearen Sicherheitsforschung kann dazu auch in den kommenden Jahren einen wichtigen Beitrag leisten.

(D) Fünftens. Und dann sind Sie, liebe Grüne, sich auch nicht zu schade, ein weiteres Lieblingsgespenst zu beschwören: die Fusionsforschung. Ihr grüner Versuch, die Fusionsforschung als Teil der Atomforschung zu denunzieren, ist ebenso falsch wie irreführend. Sie betreiben hier reine Ideologie, und – umso schlimmer – das wissen Sie auch. Wir, die CDU/CSU-Fraktion, und die Mehrheit der Wissenschaftler sehen in der Fusionstechnologie eine wichtige Chance, eine Chance, dass wir sie eines Tages als sichere, saubere und bezahlbare Energiequelle nutzen können. Und wie hat es ein hochrangiger Wissenschaftler kürzlich formuliert: Wir sind es der nächsten Generation schuldig, zu prüfen, ob die Fusion eine machbare Option ist. Und wir dürfen diese Zukunftschance nicht leichtfertig zugunsten kurzfristiger Verlockungen verspielen. Allein schon die Beherrschung derart hoher Temperaturen kann uns ganz neue Möglichkeiten eröffnen, zum Beispiel bei der Spaltung von Wasser zu Wasserstoff. Übrigens, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von SPD und Bündnis90/Die Grünen, fanden nicht während Ihrer Koalition die ersten Verhandlungen zu dem Fusionsprojekt ITER statt? Unter Rot-Grün ist 2005 der Startschuss für den Bau von ITER gefallen. Und nun wollen Sie sich heimlich aus der Verantwortung stehlen?

Sechstens. Aber es geht ja noch weiter. Sie wollen nicht nur einen internationalen Vertrag kündigen. Sie wollen auch aus Euratom austreten. Aber diese Verträge haben eine tiefe Vertrauensbasis aller Partner. Partnerschaften bedeuten auch Verantwortung. Gerade vor dem Hintergrund unserer Energiewende in Deutschland bietet Euratom die einzigartige Möglichkeit, mit unseren internationalen Partnern über die Energieversorgung der Zukunft zu diskutieren. Und übrigens: Euratom bedeutet längst nicht nur Atomkraft. Das vorgesehene Budget für die Jahre 2012 und 2013 umfasst 2,5 Milliarden Euro. Etwas mehr als 2,2 Milliarden Euro davon fließen in die

- (A) Kernfusionsforschung. Das sind 86 Prozent des Budgets. Zur Realität gehört auch, dass fünf der sechs Gründungsmitglieder von Euratom ihren Austritt aus der Atomenergie bereits erklärt haben. Trotzdem bleiben sie Mitglied.

Siebtens. Lassen sie mich zum Schluss aber noch einmal zur Energieforschung zurückkommen. Wir haben kürzlich das 6. Energieforschungsprogramm auf den Weg gebracht. Für den Zeitraum von 2011 bis 2014 investieren wir 3,5 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung. Dafür ist die Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung konsequent auf die Ausgestaltung der Energiewende als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ausgerichtet. Wir fördern Forschungsansätze aus den Gesellschafts- und Geisteswissenschaften mit über 28 Millionen Euro, die Initiative „Energiespeicher“ mit rund 200 Millionen Euro Fördermitteln, die Photovoltaik mit circa 100 Millionen Euro. Und erst Anfang dieser Woche hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung zusammen mit dem Wirtschafts- und dem Umweltministerium die Förderinitiative „Zukunftsfähige Stromnetze“ gestartet. Die Förderung dieser Initiative umfasst die Themenfelder Übertragungs- und Verteilungstechniken, Offshoreanbindungen, Netzplanung und -betriebsführung sowie Querschnittsthemen in diesem Bereich. Zusammen werden wir 150 Millionen Euro in Forschung und Entwicklung zukunftsfähiger Stromnetze investieren.

- (B) Achters. Und die Arbeiten an der „Landkarte der Energieforschung“ stehen in der finalen Phase. Wie bereits im 6. Energieforschungsprogramm angekündigt, hat unser Bundesministerium für Bildung und Forschung diese Landkarte erarbeitet, wofür ich Ihnen recht herzlich danken möchte. Die Forschungslandkarte wird Transparenz über unsere Energieforschungslandschaft herstellen. Sie wird aufweisen, wer wo mit welchen Mitteln an welchen Energiethemen in Deutschland arbeitet. Dieses Wissen wird uns helfen die Forschung in Deutschland noch effizienter zu gestalten und sie explizit auf die Anforderungen der Energiewende auszurichten. Sie wird unsere Kräfte bündeln. Sie wird Unternehmen und Forschung zusammenführen. Sie wird uns bei unserem Marathonlauf helfen.

Mit der Hightech-Strategie haben wir bereits die Weichen für die Erforschung einer sicheren und wirtschaftlichen Energieversorgung der Zukunft gestellt. Nun kommt es darauf an, die gesteckten Ziele mit vereinten Kräften zu erreichen. Wir haben uns auf den Weg gemacht. Kommen Sie mit. Gehen wir diesen Marathon gemeinsam an; für die Zukunft unserer Kinder und unseres Landes.

**Michael Gerdes (SPD):** Wir erleben in Deutschland derzeit eine energiepolitische Zäsur. Vor dem Hintergrund der risikoträchtigen Atomkraft, des Klimaschutzes und knapper Ressourcen strebt unsere Gesellschaft ein ambitioniertes Ziel an: eine auf erneuerbaren Energien fußende Energieversorgung. Wir alle wollen, dass die Energiewende Wirklichkeit wird. Dabei könnte die Herausforderung kaum größer sein: Deutschland ist Europas stärkstes Industrieland und gleichzeitig der

- (C) größte Energieverbraucher in der EU. Kurzum: Wir haben uns den Umbau der kompletten Energieinfrastruktur vorgenommen. Dieses Ziel erfordert einerseits ein schlüssiges, gut koordiniertes Konzept. Andererseits brauchen wir eine starke, leistungsfähige und breit aufgestellte Forschungslandschaft. Wir brauchen alle klugen Köpfe, um neue Technologien, neue Materialien und neue Energiedienstleistungen zu entwickeln.

Die Bundesregierung hat im August 2011 das 6. Energieforschungsprogramm vorgelegt. Das ist im Grundsatz zu begrüßen. Der Tragweite und Bedeutung der Energiewende wird das Programm allerdings nicht gerecht. Insbesondere die hohen Ausgaben für die Atomforschung entsprechen nicht dem beschlossenen Ausstieg aus der Atomkraft.

Das Programm teilt die Energieforschung auf mehrere Ressorts auf. Das führt dazu, dass für die Wissenschaft nur schwer zu erkennen ist, welches Ministerium den Hut auf hat und wer wann Forschungsgelder verteilt. Auch ist zu befürchten, dass die Ressortaufteilung Synergien verhindert und der ganzheitliche Blick auf die Umgestaltung der Energieversorgung fehlt.

- (D) Insbesondere vermissen wir ein klares Bekenntnis zur Verbraucherforschung. Die Erforschung der sozialen Dimension der Energiewende muss intensiviert werden, zumal die Umsetzung der Energiewende maßgeblich von privaten Investitionsentscheidungen abhängt. Akzeptanz, Identifikation und thematische Sensibilisierung zur Änderung des Nutzerverhaltens, aber auch Aufklärung und Nachvollziehbarkeit technischer Neuerungen sind wesentliche Bedingungen für den dauerhaften Erfolg der Energiewende. Die steigenden Energiepreise sind für viele Familien zur Belastung geworden. Es ist Teil unserer sozialen Verantwortung, danach zu fragen, wie Energie bezahlbar bleibt.

Die SPD-Fraktion fordert eine grundsätzliche Ausweitung der Energieforschungsaktivitäten. Dabei muss die gesamte Bandbreite der erneuerbaren Energien, der Effizienztechnologien und der Speichertechnologien bedacht werden.

Das größte Problem des 6. Energieforschungsprogramms ist seine finanzielle Ausstattung. Diesbezüglich vertraut Schwarz-Gelb auf das Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“. Diese Einnahmen sind aber nicht kalkulierbar. Im Januar 2012 war der Preis für die CO<sub>2</sub>-Zertifikate deutlich geringer als erwartet. Mindereinnahmen sind also nicht ausgeschlossen. Für die Forschung gibt es somit keine Planungssicherheit. Und auch im Haushalt 2013 hält die Bundesregierung am Energie- und Klimafonds fest. Das ist unverantwortlich und kurzfristig.

Wir müssen uns fragen, welche Erkenntnisse die Bundesregierung seit Inkrafttreten des Energieforschungsprogramms gewonnen hat. Viel zu erfahren ist nicht. Wann wird dem Bundestag ein Zwischenbericht zur Energieforschung vorgelegt? Wie weit sind die Arbeiten an der im Programm versprochenen „Landkarte der Energieforschung“? Wann kommt das „Energietechnolo-